

Züüber der Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Zeitungsjahr Nr. 325.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Gernsprecher Nr. 926

Der „Züüber der Volksbote“ erscheint täglich abends (ausser an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Reichsbahnstrasse Nr. 50/52, und die Post zu begießen. — Preis vierteljährlich Bet. 1.00. Monatlich 65 Pf. — Postleitzahl Nr. 4089, sechster Nachtrag.

Die Auszugsgebühr beträgt für die viergehalbte Seitenzahl oder deren Mehr 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Anzeige für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr vormittags, grössere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Dienstag, den 6. Februar 1906.

13. Jahrg.

Siehe eine Zeile.

Der heilige Bernhard.

he. Auf einem seiner letzten Werke hat der vor einigen Jahren verstorbene grosse Maler Arnold Böcklin die Legende vom heiligen Bernhard dargestellt, der am Meerstrand aufgespanzt den Heiligen und anderen Unglücklichen der See das Evangelium der Liebe predigte und mitflammender Veredelung sie ermahnte, nicht mehr wider einander zu kämpfen und sich gegenseitig aufzufressen. Das Gemälde ist eine hässliche Satire, denn noch während der Predigt machen nicht wenige im Auditorium Milene, übereinander herzufallen, und einige besloste Gesichter Augen mit mit gesättigter Gier nach den fleischigen Waden des Heiligen, um danach zu schnappen.

Der nichtheilige Bernhard, unser geliebter Reichskanzler Bernhard v. Bülow, wollte wohl seinem Namenspatron nacheifern, als er im preussischen Herrenhaus in Beantwortung der Entschließung der Hochadeln Hohenstein und Eulenburg in Bezug auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien anpredigte: „Männer, lebt euch! Begrabt die Streitkraft, womit ihr euch gegen seitig beschädigt und schließt euch einträchtig zusammen wider den roten Umsturz. Realionäre aller Schaffungen, vereinigt euch untereinander und mit der Regierung, zum Kampf mit dem Drachen Sozialdemokratie!“

Ob wohl der hässliche Bernhard mehr Erfolg von seiner Predigt haben wird als der heilige? — Er ist bekanntlich der erste nicht, der diese „wirksame“ väterliche Mahnung erhielt. Wir hören und lesen sie seit dem Fall des Schönbergs in den verschiedensten Tonarten und Variationen. Sie hat aber nicht allein die großen und kleinen Unterecken und die entsprechenden Parteikämpfe innerhalb der Christlichen Klasse nicht im geringsten abgeschwächt, sondern sogar Wahlkampfaktionen bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie — wie eben erst in Bade, was dem Prediger offenbar schwer im Magen lag — nicht verhindert.

Die Feindseligkeit seiner Regierung wird dem Kanzler sogar bald von nicht wenigen bürgerlichen Kreisstimmen bestimmt. Um freimütigster von einem parteipolitischen Organ der katholischen Nationalliberalen, das rund heraus die Sozialdemokratie als eine legitime Partei wie jede andere erklärt, mit welcher unter Umständen zusammenzugehen, gegen andere Parteien wie gegen die Regierung, sich keine bürgerliche Partei zu schenken braucht; wobei dem Kanzler das kulturrückwärtige Regierungssystem und das schwachsinnige Dreiklassenwahlrecht unschärfer unter die hässliche Majestät stellten. — Aber auch ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung“, die mit der Reichskanzlei Beziehungen unterhält und nicht offen mit der Sprache herauszutreten darf, lädt durch die Beilese lesen, daß der Kanzler in den Wird geendet hat, sie widmet jedoch ihre Gedanken in hässliche Zensurungsphrasen ein. Und die „Nationalliberale Korrespondenz“ eilt aus, ein solcher Appell an die bürgerlichen Parteien werde nur dazu auf fruchtbaren Boden fallen, wenn seltsam der Reichsregierung auf die bürgerlichen Parteien mehr Rücksicht gelegt wird. Das ist deutlich und gegen die ehrgeizige und zentrumsempfindliche Regierungspolitik gerichtet.

Der Hass und die Furcht sind kein dauerndes Bindeglied zwischen Elementen, die durch so tiefgehende Interessengegenseitigkeit geschieden sind wie die bürgerliche Gesellschaft, in ihren Hauptklassen und innerhalb derselben in den verschiedenen Wirtschaftsgruppen. Sie sind es um so weniger, wenn der Hass und die Furcht nicht einmal wahrgenommen sind und weit mehr von demagogischen Suggestionen lästig gemacht werden, als von starken Motiven. Trotz der unüberbrückbaren Kluft zwischen den Hauptzielen von Proletariat und Bürgertum, kommt man auch im letzteren noch und nach mehr und mehr zur Besinnung, wie gemeinschaftlich und kulturfördernd die sozialdemokratische Politik sich nach den verschiedenen Richtungen erweist und wie sehr die bürgerlichen Interessen selbst auf die Sozialdemokratie angewiesen sind gegenüber den junkerlichen, feudalen und zünftlerischen Umtrieben, die überdies von oben gehätschelt werden. Und daß die Furcht vor dem gewalttamen Umsturz ein Schwundervorstell der Bismarckischen Reaktionenvergängt ist und mit immer plumpern Mitteln von den Schärfmätern und den ihnen willigen Polizeihäubeln aufgepäppelt werden muß, um nicht ganz zu verfaulen, konate auf die Dauer den Hellenen unter den Bürgerlichen auch nicht entgehen und hat der „rote Sonntag“ wieder offenkundig gemacht.

So erweist sich der Kniff und Pfiff, die heterogenen Gruppen der besitzenden Klassen mit dem Gespenst des roten Schreckens zusammenzuschweißen, als komische Utopie. Und so oft von solchen Gruppen ein Anlauf zu solchen Verbündungen genommen wurde, sind sie gar bald wieder aus dem Letzten gegangen und der Zwist brach dann nur um so heftiger hervor. Es ging dabei immer, wie bei den beiden jüdischen

Geschäftsleuten, die einander aus Gründen der Konkurrenz hinausgeworfen waren. Vor dem Neujahrs- und Versöhnungsfest ließ sie der Rabbiner kommen und erwähnte sie einbringlich, sich miteinander auszusöhnen, denn wenn der Mensch von Gott Vergebung seiner Sünden erlangen wolle, müsse er selber auch seinem Nebenmenschen verzeihen. Da streckte der Aron seinem Gegner die Hand hin und sagte: „Ich wünsche Dir alles, was Du mir wünschest.“ Worauf der Staaat ausgebrach: „Was! Fungt schon wieder an!“

Politische Standesamt.

Standesamt.

Der zweite Tag der Staatsberatung. Der Reichstag setzte am Sonnabend die beim Etat des Reichsamtes des Innern hergebrachte — und mit Recht hergebrachte — sozialpolitische Generaldebatte fort. Alle Redner des Tages waren bemüht, die Debatte auf einer gewissen Höhe zu halten — mit einer einzigen Ausnahme. Diese Ausnahme bildete bezeichnenderweise ein Mann, der einer Partei angehört, die sich eine „Volkspartei“ nennt und mit dem stolzen Beifort „freisinnig“ schwächt. Herr Dr. Mugdan lebt anscheinend noch in den Vorstellungen des alten Bundes, obwohl er vor einigen Jahren die Laufe empfangen hat. Er will der Simson sein, der die Sozialdemokratie verschlammert. Die Leute, deren er sich zu diesem Zwecke bediente, bestand aus einer zweitürmigen Reie. Den Spitzenstab, den sonst Herr v. Bülow am und nach ihm stumm schwang, hat jetzt der „Volksparteister“ Mugdan gereicht. Drei Viertelteile zum mindesten der Mugdanschen Rede bestanden aus Angriffen auf die Sozialdemokratie, auf einzelne Sozialdemokraten und auf die Konservativen. Die Kassen sollen nach Mugdans Plänen den Gemeinden unterstellt werden, in denen unter freier Zustimmung des Kreises der Gutsrat herrscht. Die Militäraufgebote des 21. Januar fanden die volle Billigung dieses soverborenen „Freisinnigen“. Was Wunder, daß der bissigste Vorfall der Rechten die Rede dieses Eugenides begleitete, beweist seine eigenen Fraktionsgenossen in einer Anordnung von Schamgefühl sich vor dieser Schärfmacherrede in die Restaurationsräume und die Wandehalle retteten. Das junge Christentum des Herrn Mugdan ist garz besonders durch die Weihachtsbetrachtungen der sozialdemokratischen Presse in ihren gehärtigsten Gefühlen verlegt worden.

Der freisinnige Vereinigungsmann Dove, dessen sozialreformerischer Eifer übrigens sehr mancherartig gebämpft ist, lehrte ausdrücklich ab, sich an den Schärfmätern des Herrn von der Nachbarschaft zu beteiligen.

Wie Dove, mit diesen Rebe die Sonnabendsgung schloss, hießt sich auch der erste — der seit nach — Redner des Tages, der recht langwiliige Nationalliberale Bayig, von allzu plumper Inbetrieben fern.

Am besten sprach — trotz aller Verbeugungen vor den Agrariern, Bürgern und selbst den Marchiermännern — unstreitig Graf Posadowsky. Er stellte das Gesetz über die Rechtschäigkeit der Berufsvereine noch für diese Session in Aussicht — wenn die Geschäftslage des Hauses es erlaubt. Er versicherte, daß die Regierung an der ungünstigen Geschäftslage die Schulden trägt. Die Krankenversicherung der Hirnärbeiter soll in der nächsten Session vorgetragen werden. — Die sozialpolitische Debatte wird am Montag fortsetzen.

Für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sprachen sich die Redner aller Parteien mit Ausnahme der reaktionären Agrarier — nicht etwa in der Züüber der Bürgerschaft oder gar im preussischen Dreiklassenparlament, sondern im Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach, aus. Eine, nur rein technische Nachteil bestehende Wahlrechtsvorlage der Regierung wurde als völlig ungerechtfertigt abgelehnt. In der Debatte kam es teilweise zu scharfen Angriffen gegen die Regierung.

Gegen die Billesteuer. Eine am gestrigen Sonntag in Berlin abgeholte gutbesuchte Protokollversammlung gegen die Billesteuer nahm noch Reden Joachim, Ludwig Fulda und anderer einflussreich eine Resolution an, in der gegen die Maßnahme, die geeignet sei, einerseits die glückliche Fortentwicklung des blühenden Theater- und Kultuslebens erfüllt zu schädigen, andererseits Lautenden den Besuch der Kunstsäle wesentlich zu erschweren, Einspruch erhoben und der Magistrat und die Stadtverordneten erfordert werden, einen solchen kulturfählichen Gedanken aufzugeben.

Der preußische Landwirtschaftsminister und Oberseelsmeister Pod hat bekanntlich schon zu wer weiß wie vielen Malen die Fleischnot tot prophezeit. Trotzdem besteht sie auch heute noch weiter, wie u. a. folgende Meldung aus Bölln bestätigt:

„Gegenüber den mehrfach aufgetauchten Meldungen über die angeblich sinkenden Fleischpreise beschlossen die Kölner Metzgerinnungen, entsprechende Veröffentlichungen zu machen, in denen nachgewiesen wird, daß die Fleischpreise eine fortgesetzte Abwärtsbewegung aufweisen, und daß ihr Höhepunkt noch nicht erreicht sei. Neben vierzig Kölner Metzgergeschäften wur-

den im letzten Jahre geschlossen. Die Preise werden künftig höchst gehalten. Bei Fortdauer der gegenwärtigen Zustände sei in den weiteren Kreisen des Reichsstandes der vollständige Ruin zu erwarten. Demnächst sollen in Köln sowohl wie in anderen rheinischen Städten große Versammlungen stattfinden, in denen zum Schutz des Reichsstandes die breite Öffentlichkeit über die wahre Ursache der teuren Fleischpreise aufgeklärt werden soll.“

Trotz allem aber sagt Pod noch wie vor: Ich bleibe dabei, daß es keine Fleischnot gibt — un damit bast!

Nur ein Missverständnis? Hässlich der Beschlagnahme des Schulchiffs „Großherzogin Elisabeth“ wird von dem deutschen Konsul in Galveston berichtet, daß es es fast um ein Missverständnis, hervorgerufen durch einen überreiften Beamen, handele. — Erst die nächsten Tage werden lehren, ob diese Nachricht auftrifft.

Die Wahlrechtsvorschläge im Sachsen sollen nach einer Meldung der „Hess. B.“ einer neungliedrigen Kommission überwiesen sein. Derselben sollen auch unser Genosse Goldstein und der freisinnige Günther angehören. Angesichts soll Übereinstimmung hinsichtlich der Führung der direkten und geheimen — anstelle des heute herrschenden indirekten — Wahlrechts herrschen. Witter soll das Wahlrecht nach Berufen oder Pluralkämmen abgestuft werden. — Da mag etwas „Gönes“ herausbrechen.

Die Dänen in Sicht über schon im voraus ihre Wahlen. Die Dänen werden sich erinnern, daß es vor einiger Zeit hieß, der Reichstagsabgeordnete Krölik sei wegen Meinungsunterschieden aus der Zentrumspartei ausgetreten und wolle überhaupt sein Mandat niederlegen. Jetzt soll er sich nach Mitteilung der „Gazeta Robotnicza“ entschlossen haben, sein Mandat zu behalten. Der Grund hierfür sei in den Aussichten auf Bewilligung der Reichstag darüber zu suchen. Krölik war früher Bergmann und ist zwar als Zentrumskandidat gewählt, neigt aber mehr zu den Polen hin.

Das dementierte Dementi. Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ hält ihre Meldung über ein geplantes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie mit Bestimmtheit aufrecht. Gegen das von der „Köln. B.“ gebrachte Dementi schreibt sie:

Was den Hinweis betrifft, daß schon aus der Landtagsrede des Justizministers Dr. Befeler die Unrichtigkeit der Nachricht hervorgehe, so ist gerade das Gegenteil die Wahrheit. Aus dieser am 13. Januar gehaltenen Rede geht deutlich hervor, daß in der Tat in der Zeit vorher die von der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ bezührten Erwägungen stattgefunden haben, ferner, daß man sogar noch weiter erwägen wolle, doch man über im Augenblick die gegenwärtige Gesetzesgebung für ausreichend halte, mit Nachdruck eingreifen zu können. Nun ja — im Augenblick woltenden Momenten halte ja die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ besonders charakterisiert und behauptet, aus tatsächlichen Gründen sie der Reichslandrat zurück von Schülten ab, zu denen er im Prinzip und absolut Stellung genommen und innerhalb eines günstigeren Momenten sich wohl einschießen möchte.

Jetzt hat der Offizielle der „Kölnischen Zeitung“ das Wort!

Der Finanzminister v. Rheinbaben halte in den Reichstagsdebatten über die neuen Steuervorlagen befannlich ausgeführt, der Markt könne mehr besteuert werden, da in der Hauptstadt die Steuer vom Ausschank getragen werde. Er behauptete, daß der Verbrauch im Ausschank sich auf 22 Pfennige für das Liter Bier belasse. Weiter wandte er sich gegen den „Bruzus der Ausstattungen“, die „unfristigen Mieten“ und schloß dann seine Ausführungen:

„Wir haben nach der Statistik von 1904 etwa 10 Millionen männliche Personen über 18 Jahre — also 10 Millionen Dokumenten gegenüber 188 273 Wirtschaften. Das heißt es einfällt bei uns eine Wirtschaft auf 54 erwachsene männliche Personen. Ich glaube selbst, wenn die Zahl der Wirtschaften sich in Zukunft etwas verringert, wenn 58 oder 60 oder 98 oder noch etwas mehr Männer auf eine Wirtschaft entfallen, das Deutsche Reich wird noch lange nicht zugrunde gehen.“

Das Aktionskomitee der deutschen Gastwirte verbündete erläutert nun ein Rundschreiben an alle deutschen Gastwirte, in dem er feststellt, daß der letzte Vorschlag des Ministers, wenn danach gehandelt würde, allein in Preußen „hunderttausend Gastwirte an ihrem bisherigen Erwerb herandrängen und mit ihren Familien dem Proletariat preisgeben werde. Der Steueranschlag werde neuerdings Millionen Mark jährlich für den preußischen Staat und etwa die gleiche Summe für die Kommunen bringen. Das Rundschreiben schließt:

„Bereichert euch mit allen anderen Bürgern, deren die Ehaltung eurer Existenz ebenso am Herzen liegt.

muss, wie auch selbst, veranlaßt im Verein mit euren Bürgern Protestversammlungen gegen die neu geplante Belastung und lädt vor allem eure gewählten Volksvertreter über eure Lage und Leistungsfähigkeit auf, dann werdet ihr am besten den drohenden Gefahr begegnen und eure schwerbedrohte Existenz sichern können."

Württemberg.

Aus Russisch-Polen liegen heute folgende Meldungen vor: Sonnabendnacht wurde in Sielce, dicht an der Grenze ein Privathaus durch eine Bombe vollständig zerstört. Unter den Trümmern wurden bisher zwölf Tote hervorgezogen. — Der Sonnenkreis Rechtsanwalt Tomaszewski wurde wegen sozialistischer Agitation nach Petrikau abgeführt. — Aus Lodz wird der "Ratloscher Zeitung" gemeldet: Eine Abteilung Fußsoldaten transportierte 17 junge Leute vor die Stadt, um dort an ihnen das vom kriegerischen Gericht gegen sie erlassene Todesurteil zu vollstrecken. Als der Zug unterwegs in der Hauptstraße an einem Hause vorüberkam, dessen Einfahrt entgegen der bestehenden strengen Vorschrift offen stand, ergreiften die Delinquenter die Flucht und flüchteten in diese Einfahrt hinein. Die Soldaten verfolgten sie und schossen die Flüchtlinge, die keinen Ausweg fanden, einzeln nieder. — Kann es eine größere Bestialität geben?

Sarbitischer Wumpf. Die deutsch-sprachige ("Petersburg." verbreitet folgende ganz erschreckende Geschichte: "Bei der Revue über das L.-G.-Ataman-Kosaken-Regiment in Saratow Golo, auf der der Kaiser persönlich anwesend war, richtete der Zar nachstehende Worte an das Regiment: „Hier, Brüder, ist Euer Chef und Ultimatum. Von heute ab wünsche Ich, daß die 1. Sotnia sich Sotnia der Sr. Höheit neige. Meine Herren Offiziere, ich danke Ihnen herzlich für den glänzenden Zustand, in welchem sich das Regiment mir heute präsentierte, sowie für Ihren treuen und ausgezeichneten Dienst. Auch Euch, Kosakken, sei herzlicher Dank für Euren ständigen schweren und ergebenen Dienst dem Vaterlande und Mir. Ich bin überzeugt, daß das Regiment auch Ihnen ebenso treu dienen wird, wie es Mir dient und seines Kaisers gedenkt hat. Ich hege die Befürchtung, daß die jungen Kosakken die ruhmvollen Traditionen der Donischen Kosaken in sich aufzunehmen werden. Hochmals habt Dank, Brüder. Ja Eurer Person danke Ich gleichzeitig mit den Leibkosaken dem ganzen Donischen Heere. Zum Gedächtnis an die heutige ausgezeichnete Revue, mit welcher Ihr Mich sehr erfreut habt, zähle Ich Euren Kommandeur Major Suite zu und ernenne den Regimentsadjutanten zum Flügeladjutanten.“ — „Se. Höheit“, der dem Regiment vorgestellte Thronfolger, ist glücklich — 1½ Jahre alt!

Ein Att der Selbsthilfe. Mehrere Bewaffnete drangen in das Krankenhaus zu Libau ein, verwundeten die Wachen, schleppten einen Mann, der am Tage vorher schwerverletzt auf der Straße gefunden wurde, fort und warfen ihn ins Meer, vermutlich aus Furcht, daß er Anzeige gegen sie erstatte.

Man kann auch wilde sein. Das Kreisgericht in Kiew hat den Kleinbürger Saslawski zum Tode durch den Strang verurteilt. Saslawski hat vor zwei Monaten bei dem Versuche, einen Genossen zu befreien, Schüsse auf einen Schuhmann abgegeben, ohne ihn zu töten. Das Urteil soll erst noch von dem Generalgouverneur Suchojew besiegelt werden, der die Alten verlangt hat, um Aushaltepunkte für eine Begnadigung zu finden.

Von der Mandatskrei-Meere. Die Nachrichten aus Wladivostok besagen, daß die Meuterer unter den dortigen Truppen einen immer erstaunlicheren Charakter zeigen und einen größeren Umfang annimmt, als die zuletzt gemeldete Meuterer.

Gind das Menschen? Das Kriegsgericht in den baltischen Provinzen ließ in den letzten zwei Wochen eine große Anzahl Revolutionäre erschießen, allein in Riga 53 Männer, die Urheber der Verwüstungen im Kreise Riga. Die Verurteilten hielten noch auf dem Exekutionsplatz vor dem ausgeschauften Graben Gnade. Doch da erkannte das Kommando und mit dem Gesicht zur Grube geneigt, fiel die erste Abteilung der Verurteilten nieder. Viele wurden nur verwundet und lebten noch nach der zweiten Salve, worauf der kommandierende Offizier, um sie von ihren Qualen zu befreien, sie mit seinem Revolver erschoß. Das Publikum lief schreien davon. Unter den Erschossenen befanden sich auch zwei Männer von 15 und 17 Jahren. Ihr Vater hatte aus dem Hinterhalte einen Offizier angegriffen. Die beiden Söhne mußten für die Schuld des Vaters büßen. Außer der Todesstrafe trifft viele Revolutionäre eine Haftstrafe von 150 bis 200 Ruten streichen. Auch bei Frauen wird diese Strafe vollzogen. — Die russische Reaktion wütet noch schrecklicher, als 1871 die französische nach der Niederwerfung der Kommune.

Schweiz.

Der „Fall“ Stephan. Die Handlangerbierste, welche die Zürcher Polizei der Elsässer Regierung leistete, indem sie den ehemaligen Strassburger Polizeikommissar Stephan verhaftete, werden vielleicht doch noch vom Bundesrat korrigiert werden. Denn es ist doch zweifellos, daß die Strassburger Regierung den ehemaligen Polizeikommissar nicht deswegen verfolgt, weil er irgendeine Alter befreien sollte, sondern sie will ihn paaren wegen seines politischen Vergehens. Unter solchen Umständen kommt aber, wie im Jurischen "Volksrecht" von juristischer Seite ausseinerbergesetzt wird, der Artikel 4 des deutsch-schweizerischen Auslieferungsvertrages in Anwendung, welcher lautet: "Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die strafbare Handlung, wegen deren die Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich tragt oder wenn die auszuliefernde Person beweisen kann, daß der Antrag auf die Auslieferung in Wirklichkeit mit Absicht gestellt werde, sie wegen eines Verbrechens oder Vergehen politischer Natur zu verfolgen und zu bestrafen." — Im Interesse des guten Rufs der republikanischen Schweiz als ein Bastionsort aller politischen Verfolgten ist es sehr zu wünschen, daß das Bundesgericht der preußischen Zürcher Polizei einen Streich durch die Nachfrage macht.

Frankreich.

Die Heimvolte im Unteroffizier. Die sich erfäßlich der Gewaltentnahme in einer Pariser katholischen Kirche erregte, ich nicht etwa von Arbeitern, sondern von der Pariser Klerikalen Aristokratie männlichen und weiblichen Geschlechts veranlaßt werden. Unter den Verhafteten befinden sich Ediger hohe Namen. Zwei derfelben sind bereits abgeurteilt und zwar zu 8 Tagen resp. 2 Monaten Gefängnis. Gegen die Pfaffen, die die Heimvolte angestiftet haben, wird gleichfalls vorgegangen werden. Nach dem Gesetz über die Ermittlung der Kirche vom Staat können sie mit drei Monaten bis zwei Jahren Gefängnis und Verlust der Pensionrechte bestraft werden. — Auch in Montpellier trat die Klerikale Verhetzung schweflig zutage. Als die Domänenagenten das Inventar der dortigen Landesdomäne ausheben wollten, fanden sie die Kasse von mehreren tausend Personen besetzt; sie mußten von ihrem Vorhaben abstecken. Es kam zu einigen Zusammenstößen ohne ernsteren Charakter.

Fack wie Hose. Der Ministerrat hat in greifen Gründzügen einen Gesetzentwurf festgelegt, wodurch ein Corps von 3000 Mann mobiler Gendarmerie geschaffen wird, welches bei Aussänden das Militär ersetzen soll. — Wie gültig! Wenn der Kapitalstaat bei Streiks nach wie vor die bewaffnete Macht eingesetzen lassen will, dann dürfte es schließlich den betroffenen Getroffenen gewißlich gleichgültig sein, ob sie durch eine Soldatengewehr, oder durch einen Gendarmeriebajonet oder einen Gendarmeriepfeil getötet werden.

England.

Neuer Geist. Die "National Review" veröffentlicht einen Artikel, in welchem Peter Harvie das Programm der englischen Arbeiterpartei mit ein paar Strichen skizziert. Nachdem er die Beweisung gemacht hat, daß die Abgeordneten der Arbeiterpartei der Regierung starke Opposition machen werden, nennt er ein paar der nächsten Forderungen, die von der Fraktion vertreten werden sollen: Bewegungsfreiheit für die Trade-Unions, Penitzen für betriebslose Arbeiter, Voluminäre, Beschäftigung für Arbeitslose durch Aufsättigung von Brachland, Ausbau der Landwirtschaft durch Errichtung kleiner Güter, die genossenschaftlich verwaltet werden. . .

Japan.

Der Flottenkoller schlägt jetzt auch in Japan üppig ins Kraut. In einer Sitzung des Budgetausschusses erklärte der Vertreter der Regierung auf eine Anfrage, es werde erwartet, daß der Tonnengehalt der Flotte in dem Finanzjahr 1907/08 auf 400000 Tonnen erhöht werde. — Das ist so das richtige Bild aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Auf der einen Seite nahezu 1 Million Menschen, die in dem Faselreiche noch Brot jammert, und auf der anderen Seite eine viele Millionen verschlingende Vermehrung der Flotte. Kann es ein schöneres Bestreben geben, als eine solche wahnsinnige Gesellschaftsordnung von Grund auf umzugestalten?

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des "Bünder Volksbote".

Berlin, den 3. Februar 1906.

34. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstuhl: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Gesetzes des Innern wird fortgesetzt.

Posadowsky schließt sich den Klagen über die Störung der Sozialpolitik an. Wie steht es mit den Arbeitsklammern und der Rechtsfähigkeit der Berufssvereine? Dringend notwendig ist die Regelung des gesamten Heimarbeiterwesens. Die Versicherung der Privatbeamten ist dringend erforderlich, dieselben dürfen aber keine zu großen Aufprüche an die Unternehmer stellen. — Redner polemisiert in weiteren Ausführungen gegen den Abg. Fischer. Die Sozialdemokratie bildet das größte Hemmnis für die Weiterentwicklung der Sozialreform. Beim Elektrizitätsstreit handelte es sich nicht um eine Lohnfrage, sondern um eine Machtprobe. — In Bezug auf die Mittelstandspolitik bleibt gewiß noch viel zu tun übrig; doch erfreulich ist es, daß die Mehrheit der Handwerker selbst sich von dem undurchführbaren Befähigungsnachweis ab- und praktischeren Bielen zuwendet. — Die Steuerstatistik bildet die beste Widerlegung des Pessimismus des Abg. Fischer. Unsere Fraktion wird sich mit Eifer an der Fortführung der Sozialreform beteiligen. (Bravo! b. d. Pall.)

Staatssekretär Posadowsky: Vor wenigen Tagen habe ich eine englische Arbeiterdeputation empfangen, die vier Wochen lang Deutschland bereist hat, um deutsche Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen. Diese Herren sagten mir, sie wären geradezu überrascht über das, was in Deutschland zum Besten der Arbeiter geleistet wird. (Hört! hört! rechts!) Und sie müßten zugeben, sie seien über die Verhältnisse in Deutschland irre geführt worden. Trotz des großen Einflusses der sozialdemokratischen Partei in Frankreich geschieht dort lange nicht soviel für die Arbeiter, wie bei uns; die kräftige, wohlfundierte französische Landwirtschaft bietet die Garantie einer ständigen ruhigen Entwicklung, die auch durch die Revolution nicht gefährdet werden ist. Das sollte keine bürgerliche Partei bei allen den Maßregeln, die zu Gunsten der Landwirtschaft getroffen werden, aus dem Auge lassen. (Sehr gut! rechts.)

Die gewünschte Ergänzung der Jahresberichte der Invalidenversicherung soll nach Möglichkeit erfolgen. Das Gesetz über die Berufssvereine soll bestimmt noch in dieser Session vorgelegt werden. (Bravo!) Sobald die Geschäftslage seine Beratung im Hause und in der Kommission gestattet. — Über die Krankenversicherung der Heimarbeiter ist ein umfassendes Gesetz in Vorbereitung, das, wie ich hoffe, noch in diesem Sommer vom Bundesrat angenommen werden wird. (Bravo!) Die gegenwärtige Heimarbeiterausstellung in Berlin bietet ja ein wahrhaft erfreuliches Bild von dem Elend dieser großen Bevölkerungsschicht; kein schlender Mensch wird diese Arbeiten ohne tiefes Mitgefühl gesehen haben (Bustimung). Der Heimarbeiterdienst selber bietet außerordentliche Schwierigkeiten. Ein Gesetzentwurf über den Heimarbeiterdienst im Tabaks gewerbe liegt dem preußischen Staatsministerium vor. Ich kann aber nicht bestreiten, daß der Heimarbeiterdienst auf vielfachen Widerstand stößt. Es heißt immer, man darf nicht in das Familienleben eingreifen. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, und täglich neue Erfahrungen bestärken mich darin, daß, je strenger die Fabriken beaufsichtigt werden, desto mehr die Arbeit gewisser Industriezweige aus der Fabrik in die Wohnstätten

der Arbeiter verlegt wird. (Sehr richtig! links.) Wenn aber die Heimarbeit nichts weiter ist, als eine Arbeitsschule für die Fabrik, so hat sie mit dem alten Begriff der Heimarbeit nichts mehr zu tun, und muß deshalb ganz anders behandelt werden, um so mehr, als in ihr zwecklos Produkte erzeugt werden, deren Herstellung schwere gesundheitliche Gefahren mit sich bringt. Ohne einen solchen Heimarbeiterdienst würde die ganze Gesetzgebung zum Schande der Kinderarbeit zum Teil nur auf dem Papier stehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Eine Vorlage über die Krankenfasserversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes ist in unserem Amt bereits fertig gestellt. Sie unterliegt jetzt der rechtlichen Prüfung in bezug auf die Kosten. — Die gesetzliche Vorbereitung der Zusammenlegung der drei Versicherungen erfordert eine riesige Arbeit. Es handelt sich um ein Werk, das schon rein äußerlich wesentlich umfangreicher wird als das Bürgerliche Gesetzbuch. (Hört, hört! rechts.) Durch die Zusammenlegung würden die Verwaltungskosten wesentlich verminder werden. — Über die Witwen- und Waisenversicherung habe ich einen allgemeinen Plan ausgearbeitet und den Regierungen vorgelegt. Die meisten Antworten der Regierungen sind eingegangen, und der Plan wird jetzt einer versichtungs-technischen Prüfung unterworfen. Die Kosten dieser Versicherung werden sehr groß sein. Wenn eine Witwe eine Unterstützung in der Höhe der Invalidenunterstützung ihres verstorbenen Mannes erhält und stirbt sie bis zum 14. Lebensjahr eine Unterstützung in der Höhe eines Drittels dieser Witwenunterstützung nach diesem Plan vorgesehen werden soll, dann werden voraussichtlich die Kosten dieser Versicherung sehr hoch sein wie die der Invalidenversicherung. Der Gehaltstundentag für die Arbeitnehmer ist grundsätzlich bereits entschieden, nur um den Zeitpunkt und die Art der Einführung kann es sich handeln, die wieder abhängen von der internationalem Durchführung der Beschlüsse der internationalen Schutzkonferenz in Bern. — Mit der Überwachung der Bauten durch die Berufsgenossenschaften ist es besser geworden. Allerdings reicht die Zahl der Aussichtsbeamten noch nicht aus. Ihre Vermehrung liegt nicht nur im humanitären, sondern auch im finanziellen Interesse der Mitglieder der Berufsgenossenschaft. Davon kann freilich nicht die Rede sein, daß jeder einzelne Bau unmittelbar von einem Aussichtsbeamten beaufsichtigt wird. Das unbedingte Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe mit Ausnahme des auf 3 Stunden zu beschränkenden Verkaufs von Nahrungs- und Genussmittel ist an der Zeit. Hoffentlich werden sich die Bundesregierungen über die gleichmäßige Durchführung der bestehenden Einschränkungen verständigen. Ein Entwurf über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in der Glasindustrie und in den Glashütten ist in Vorbereitung. Den Wert der Tarifverträge erkennen ich durchaus an. Eine allgemeine Mittelstandsfrage gilt es nicht, weil im Mittelstand viel zu viel verschiedenartige Elemente vorhanden sind. Nur von einer Handwerkerfrage, einer Privatbeamtenfrage usw. kann man sprechen. Deshalb könnte die Thronrede auch nichts über die Mittelstandsfrage enthalten. Über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis kann ich mich nicht äußern, weil die preußische Regierung noch nicht Stellung genommen hat. Doch will ich mit dem gegenwärtigen preußischen Handelsminister erneut darüber verhandeln. — Eine scharfe gesetzliche Unterscheidung zwischen den Begriffen Handwerk und Fabrik ist unmöglich. Leider ist mit diesem Wunsche die Hoffnung bestimmt freie verbunden, daß der Begriff Handwerk wesentlich erweitert werden würde und damit die scharfe Kontrolle der Fabrik gegeben für sie aufzuhören. Solche Strömungen würde ich natürlich nicht unterstützen. Doch will ich dafür sorgen, daß künftig nur eine Instanz darüber entscheidet, was Handwerk und was Fabrik ist. Die Förderung der Handelsinspektoren ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Er befürchtete, daß wir eine solche Menge Aussichtspersonal bekommen, daß schließlich neben jedem Deutschen wirklich ein Aussichter, ein Polizist, stände. Beleidet als die Gewerbeinspektoren würden auch die Handelsinspektoren nicht sein; je gewissenhafter ein Inspektor seine Funktionen erfüllt, desto unwillkommener ist er bekanntlich. Gegen die Mittelstände im Ausverkaufswesen ist eine Verschärfung der Gesetzgebung notwendig. Dass bei Ausverkäufen noch Nachschäde zugelassen werden, halte ich nicht für richtig. (Sehr wahr! rechts.) Sehr zweifelhaft ist dagegen, ob dem Schmiergeldverfahren gezielt begegnet werden kann. Das einzige Mittel dagegen scheint mir die Ehrenhaftigkeit des Kaufmannsstandes selbst zu sein. Über die Verhältnisse der Privatbeamten wird hoffentlich dem nächsten Reichstag eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden können. Zur Regelung der Arbeitszeit der Unwaltsgesellen wären meiner Meinung nach die Unwaltsgesellen am besten in der Lage. Die Feststellung der Enquete über die Handwerkerorganisation wird wohl noch zwei Jahre dauern. Das Reichsgerichtserkenntnis, monach Lehrlinge und Gesellen freiwillig über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus arbeiten dürfen, halte ich für vollkommen irref. (Sehr wahr! links.) Die Arbeiterschutzzulassungen sind öffentliches Recht, welches durch private Verträge nicht abgeändert werden kann. Die Beschwerden über die Eisenbahn- und Marinewerftäten, sowie über die Reichsdruckerei bitte ich, bei den betreffenden Staatsvorzugsungen. Mein Resort ist so groß, daß ich nicht den Themen habe, mich noch in fremde einzumischen. (Hörerleidet.) Nur über eine Frage, die mich besonders interessierte, habe ich telegraphisch Erklärungen eingezogen. Die Auktionsarbeiter bei dem Kanalamt erhalten tatsächlich nur vierwöchentlich den Lohn, haben aber um längere Zeit niemals gebeten. Doch bin ich sehr gern bereit, dahin zu wirken, daß die Lohnperiode etwa auf 14 Tage abgekürzt wird. Sie sehen, das Reichsamt des Innern ist eifrigst bemüht, die Forderungen der Mehrheit dieses Hauses in den möglichen Grenzen zu realisieren. Über bei der ungeheuren Arbeit, die uns obliegt, besonders durch die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Versicherungsgesetzgebung, muß ich Sie doch bitten, ein klein wenig Geduld zu haben. (Wiessches Bravo!)

Mugdan (F.W.): In das Invalidenversicherungsgesetz sollte eine Bestimmung aufgenommen werden, die Unternehmer regelhaftlich macht, wenn dadurch, daß sie das Märskenleben unterlassen, Arbeitern die Rente entgeht. Die Unfallziffer ist leider noch immer im Steigen begriffen. Es empfiehlt sich, nach dem Vorgange Charlottenburgs überall Unfallverhütungszüge einzurichten. Eine ungeheure Unzertreibung war die Behauptung des Abg. Fischer, daß die Unternehmer eigentlich gar keine Beiträge zur Arbeiterversicherung zahlen, sondern die Kosten auf die Arbeiter oder die Konsumanten abwälzen. Neben polemisiert obsdann gegen die Behauptung des Abg. Stadthagen, der Reichsantritt habe sich im Herrenhause auf seine (Redners) Aussführungen über die Ortsfrankenstein getestet. Der Abg. Stadthagen sprach dabei in der blumenreichen Sprache, die ihn auszeichnet, wenn er über politische Gegner oder auch über Parteigenossen spricht, die um einen Fingerbreit von der heiligen Rosa Luxemburg

abweichen (Heiterkeit) — von „gestunzten Bügeln“. (Heiterkeit.) Abg. Stadthagen ist sehr empfindlich, wenn es sich um seine Person handelt, aber Gegner und legerische Parteigenossen belegt er mit Stosznamen, wie „Beilenschinder“, „kapitalistisches Preßgesindel“ (Heiterkeit) usw. Die Abgeordneten Bernstein und Stadthagen haben ausdrücklich anerkannt, daß die Sozialdemokratie besticht ist, die Krankenkassen unter ihre Herrschaft zu bringen. Die Beispiele, die ich dafür angeführt habe, könnte ich noch sehr vermehren. (Flüse b. d. Soz.: Heraus damit! — Heiterkeit.) Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Aktionen werden in den Kassenverwaltungen untergebracht, auf die Lieferanten der Kasse wird ein Druck ausgeübt, daß sie nicht öffentlich gegen die Sozialdemokratie zu stimmen wagen dürfen. (Sehr wahr! rechts. — Widerspruch b. d. Soz.) Einen großen Teil ihrer politischen Macht zieht die Sozialdemokratie aus der Herrschaft über die Krankenkassen. (Lebh. Beifall rechts.) Deshalb ist eine Reform der Krankenversicherung dringend notwendig. Die verschiedenen Krankenkassen würden zur Herabminderung der jetzt ungeheuren hohen Verwaltungskosten zusammengelegt und die Versicherung auf Frauen und Kinder ausgedehnt werden. (Sehr richtig! links.) Auch darin wird die Sozialdemokratie mit mir einverstanden sein, daß die Unternehmerbeiträge von einem Drittel auf die Hälfte erhöht werden müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber harusfär müssen auch die Sätze der Arbeitgeber in den Kranken- kassenverwaltungen vermehrt werden. An die Spitze der Ortskrankenkassen sollen lebenslänglich von den Gemeindeverwaltungen gewählte Beamte treten. (Hört! Hört! bei den Soz.) Das Schlagwort von der Selbstverwaltung bedeutet heute nur die ausschließliche Herrschaft der Arbeiter in den Kassen. (Lachen b. d. Soz.) Auch die Gemeinden genießen Selbstverwaltung. (Erneutes Lachen bei den Soz. — Zurufe: Preußen!) Nicht um politische Meinungen zu äußern, nicht um die sozialdemokratischen Kräfte zu bevorzugen, scheinen mir persönlich — ich spreche nicht im Namen meiner Fraktion (Hört! Hört! links) — die Krankenkassen geschaffen zu sein. (Sehr wahr! rechts.) Bureaucraten wie Dr. Freund von der Landesversicherungsanstalt haben sich die größten Verdienste um die Sozialhygiene erworben, und die geschmähte Bureaucratie hat zuerst die Tuberkulose energisch bekämpft. (Sehr wahr! rechts.) Zur Handwerkerfrage bin ich ersreut, daß die Mehrheit der Handwerker von künstlerischen Bestrebungen der Antisemiten nichts wissen will. Die Elektrizität, die nach Werner v. Siemens' Wort dezentralisiert wird, wird dem Handwerk Hülfe bringen. Der Mittelstand besteht heute zum großen Teil aus abhängigen Existenz, z. B. aus angestellten Kaufleuten. Für diese Handlungshelfer haben die Kaufmannsgerichte ganz gewaltige Vorteile gebracht. Wir fordern weiter für die Handelskammern, Handelsinspektoren usw. Für die Fabrikinspektion ist die Vernehmung der Beamten, insbesondere auch der weiblichen und der ärztlichen, notwendig. Für die Arbeiter haben die deutschen Unternehmer zahllose Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen. Warum verlangt der Abg. Fischer, daß sie ihren ganzen Profit für die Arbeiter ausgeben, da er doch auch nicht ein ganzes Gehalt als Leiter der „Vorwärts“-Expedition den Angestellten zufommen läßt. (Lachen b. d. Soz.) Die Aussperrungen sind eine natürliche Folge der Streiks, wie die Arbeiterorganisationen die natürliche Folge der Arbeiterorganisationen sind. Wie die Arbeiterorganisationen jedes Mittel als rechtmäßig betrachten, daß sie zum Sieg führt, so dürfen sie auch nicht Wehe rufen, wenn die Arbeitgeber ebenso handeln. Die Gewerkschaftsblätter haben über den großen Elektrizitätsstreik objektiv beurteilt, als die Abgeordneten Bebel und Fischer. Dafür spricht denn auch der sozialdemokratische Radikalismus vom „Gewerkschaftlichen Kretinismus“. (Hört, hört! rechts.) Das Spielen mit dem Massenstreik, zumal unter Hinweis auf die russische Revolution, diese Revolutionspielerei der Sozialdemokratie wirkt äußerst arbeiterfeindlich. Sozialdemokraten, die diese Meinung teilen, wie die Abgeordneten Frohme, Fischer und v. Elm im „Hamburger Echo“, werden vom „Vorwärts“ heruntergepußt. Und mit welch blutrüstiger Betrachtung im schönsten Stadthagen- und Luxemburgstil (Heiterkeit) hat der „Vorwärts“ das letzte Weihnachtsfest gefeiert! Im Weihnachtsartikel der „Leipziger Volkszeitung“ hieß es sogar: Revolution auf Erden und allen Bedrückten ein Wohlgefallen! (Hört, hört! rechts.) Der Zusammenhang zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der russischen Revolution ist nicht zu leugnen. Alles, was ihr an dieser nicht paßt, schreibt sie einfach dem sogenannten „Lumpenproletariat“ in die Schuhe. Bei den Wahlen aber stimmen auch die „unreisen Jungen“ für die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Über die Ausdrücke, die Mehring in seinen Artikeln zum Demonstrationssonntag gebraucht, gibt es nur eine einzige genügend scharfe Kritik, und diese hat schon vor 25 Jahren — Mehring selbst geschrieben, als er noch Gegner der Sozialdemokratie war. (Hört, hört! und Heiterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie diskreditiert alle freiheitlichen Bestrebungen, daher sollte die Regierung die auf nicht sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschaften fördern und ihre Förderungen, wie die Anerkennung der Berufsvereine, schleunigst erfüllen. Nicht durch Ausnahmegesetze, sondern nur auf diesem Wege kann die Sozialdemokratie bekämpft werden. Nur durch den deutschen Arbeiter kann die furchtbare Gefahr überwunden werden, mit der die Sozialdemokratie unsere nationale Existenz fortwährend bedroht. (Lebhafte

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 5 Februar

Szuz von Werstarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Arbeitersturz. Sonnabend nachmittag verunglückte am Konstiplatz bei dem für die Firma Bernhöft u. Wildenlöschenden Kohlendampfer "Wien" der Kohlenarbeiter H. Burmester dadurch, daß er sich beim Herunterlaufen von einem Stapel Kohlen infolge nachfallender Kohlenstücke das rechte Fußgelenk brach. Er wurde per Droschke in seine Wohnung befördert.

Aus dem Gerichtsaal. Der 22jährige Buchhalter G. war als Reisender für den Kaufmann S. in Lübeck tätig und als solcher berechtigt, für seinen Chef Gelder entgegennahmen. Nun hatte G. eines Tages von einem Schlachtermeister D. in Eckernförde 26,65 Mark einzulagiert und auch darüber quittiert, das Geld hat er jedoch nicht abgeleert. Ein Zufall wollte es, daß der Schlachtermeister bereits am Tage vorher das Geld nach seinem Bestimmungsort gesandt und es dem Reisenden nur aus Versehen noch einmal gezahlt hatte. Selbstverständlich verlangte er, als er seinen Irrtum bemerkte,

von der Lübecker Firma das Geld zurück. Von seinem Chef über die Sache gut stede gestellt, leugnete G., daß Geld erhalten zu haben. Hierauf mußte der Missetheter einen Brief nach Eckernförde schreiben, in welchem er den Empfang des Geldes bestritt. Den Brief besdrohte er jedoch nicht, sondern unterschlug ihn. Der Prinzipal, dem die Geschichte nicht recht geheuer vorlief, hatte sich ebenfalls an den Schlachtermeister gewandt, und letzterer schickte als Antwort die von G. unterzeichnete Quittung. Es gelang G., diesen Brief abzusangen und zu öffnen; anstelle der Quittung legte er einen Zettel in das Stouvert auf dem geschrieben stand: „Alles erlebt.“ Frau D. Allmählich wurde dem jungen Sünder die Geschichte wohl zu windig, denn er zog es vor, sich zu verduften. Dadurch kam bald alles heraus. Vor Gericht gab G. an, er hätte die Tat verübt, weil er auf der Reise über seine Verhältnisse gelebt habe und dies seinem Prinzipal nicht mitteilen möchte. Unter Zustimmung mildnernder Umstände wurde G. am Sonnabend zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der häufig vorbestrafte Schlosser B. hat sich unter falschem Namen in das Gefangenenebuch und in das Register des Werkhauses eintragen lassen. Hierin sieht das Gericht eine Urkundeinfälschung, die mit vier Monaten Gefängnis geahndet werden soll.

Gestorben ist am Sonnabend morgen der technische Direktor der Lübeck-Büchener Eisenbahn, Baurat Textor.

Das Bürgerrecht wurde im Monat Januar von 6 Personen erworben.

Die lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im Monat Januar 16 Personen, darunter 15 durch Anstellung in den lübeckischen Staatsdienst.

„Frühlingsstage in Sizilien und Süd-Italien“ betitelt sich der Vortrag, den Richard Laube am Freitag, den 9. Februar im großen Saale des Vereinshauses halten wird. Die zur Erläuterung dienenden über hundert Meisenlichtbilder, sind ebenfalls, wie die früher hier gezeigten, von Laube selbst an Ort und Stelle aufgenommen und von einem namhaften Künstler farbig ausgeführt. Der Vortrag beginnt auf der Insel Sizilien, dieser früher so fruchtbaren Insel, daß sie den Namen „die Mornkämmer Italiens“ führte. Heute ist das Land durch die Mausbau treibenden Großagrarier total verwüstet. Grenzenloses Elend herrscht bei dem Landproletariat und bildet einen traurigen Gegensatz zu dem ewig blauen Himmel, der sich über der Insel wölbt. Laube wird den Zuhörern durch die antike und die moderne Gegend Siziliens führen. Syrakus mit dem Dianentempel, Catania, Nicolofo und der Ätna, Taormina, die Berle Siziliens und Messina mit seinem Hafen wirken unserm Auge vorbeiziehen. Im zweiten Teil sehen wir das südliche Italien, Neapel mit seinem bunten Hasen- und Straßenleben, das schöne Sorrent, die Insel Capri, den Vesuv mit seinem Hauptkrater und den Kamärron, wie er im Vorjahr ausgeworfen wurde. Der letzte und dritte Teil führt uns nach Pompeji, in dessen Gräberstraße und antiken Paläste, nach Rom mit seinen Monumenten und Palästen. Den Schluss bildet eine Wanderung durch die Museen des Vatikan. Der Vortrag findet am Freitag, den 9. Februar abends 8 Uhr statt. Eintrittspreis 20 Pf., Kinder 10 Pf. noch nicht schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt.

Die Stasse hatte Mitglieder								
	ver- sicherungs- pflichtige		freiwillige		insgesamt		Erwerbs- unfähig frank geme- det waren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
am ersten Tage des Monats Februar 1909	9676	3669	678	1009	10354	4678	322	207
im Sov. monat	9720	3686	651	990	10371	4676	285	197

Die Arbeiter-Wildungsschule eröffnet im Laufe dieser Woche zwei neue Kurse im Vereinshause und zwar in deutscher Sprache und Rebe-Uebung. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Kurse einer recht zahlreichen Teilnahme, auch von seiten des weiblichen Geschlechtes, erfreuen haben. (Siehe Inserat in heutiger Nummer).

Jm Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde findet am Dienstag den 6. Februar, abends 8 Uhr das Stiftungsfest statt. Das Programm ist abwechselungsreich, es verspricht recht viel. Der Kartenvorverkauf findet bei den Herren Grünau, Breitestraße, Soroe, Gr. Burgstraße, Weilandt, Königstraße, und dem Vereinsboten statt. Der Besuch ist zu empfehlen, da etwas Gutes geboten wird.

Hamburg. In eine Lohnbewegung eingetreten sind die bei der Hafendampfschiffahrt Aktien-Gesellschaft angestellten Maschinisten. Es ist ein Lohntarifentwurf an die Direktion der Gesellschaft von den Beteiligten eingebracht worden. Hierin verlangen die Leute einen einheitlichen Lohn von 150 Mk. monatlich. Die Überstunden sollen mit 70 Pf. bezahlt werden. Die Arbeitszeit soll eine zehnstündige sein. Außerdem wünschen die Antragsteller 60 freie Tage im Jahr und die Anerkennung eines von ihnen selbst gewählten Arbeiterausschusses. Das Kleidergeld, das bisher vergütet wurde, soll beibehalten bleiben. Wie sich die Direktion der Hafendampfschiffahrt-Aktien-Gesellschaft den Forderungen stellt, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Hamburg. Ein Schiff segelte auf der Unterelbe, bei dem sechs Menschen ertranken sind. Ein schwerer Schiffsunfall hat sich Sonnabend nacht auf der Unterelbe bei Stader Sand ereignet. Um 1 Uhr nachts von Brunsbüttel unter Führung des Kapitäns Broeder nach Hamburg abgegangene Schlepper „Carl Siehn“ wurde von dem nach Plymouth und Bristol bestimmten englischen Dampfer „City of Berlin“ angegriffen und so schwer beschädigt, daß er sofort sank. Kapitän W. Broeder, Steuermann Leistener, Maschinist Schumann Koch, Thater, die Heizer Wahnle und Scharer, sowie zwölf Deckseleute, deren Namen noch nicht festzustellen waren, h

fanben sich an Bord. Nur dem Steuermann und einem Heizer gelang es, sich zu retten, der Kapitän und fünf Leute von der Mannschaft sind leider ertrunken. Der im Jahre 1901 erbaute "Carl Stiehn", Eigentum der Reedereifirma J. C. u. H. C. Stiehn, war ein Schiff von 181 Tons brutto, 13 Tons netto und hatte eine Maschine von 500 indizierten Pferdestärken. Die Beschädigungen des "City of Berlin", die man zuerst als unbedeutend ansah, stellten sich später jedoch als so erheblich heraus, daß der Dampfer von See aufzulehren mußte.

Segeberg. Feuer in Soehren. Ein Grossfeuer entstand Sonnabend morgen im benachbarten Sochren, wobei das Wohnhaus und die Stallungen des Hufners Ernst Blund total eingeeischt wurden. Das gesamte Mobiliar und Inventar ist verbrannt. Zwei Pferde kamen in den Flammen um.

Niel. Die Gläser Meile haben ihren am 1. April ablaufenden Lohntarif geltend gemacht. Eine neue Tarifvorlage ist der Innung bereits zugespielt worden. Die Hauptforderungen der Gesellen sind: Die neunstündige Arbeitszeit anstatt der bisherigen 11½ stündigen, ferner Erhöhung des Lohnes von 27 auf 30 Mk. per Woche. Außerdem wird die Regelung einiger nebensächlicher Forderungen gewünscht. Der neue Tarif soll für 3 Jahre gelten.

Wostoc. Die Flutwelle der Bekleidigungs-
klagen gegen die „Mecklenburgische Volks-
zeitung“ steigt immer mehr. Der Freiherr von Hauff
auf Mallin ließ durch einen Rechtsanwalt bzw. durch das
Penzliner Amtsgericht der Medallion ein Schriftstück zu-
gehoben, in dem diese schwarz auf weiß angezeigt erhält, daß
sich der obengenannte Freiherr durch sie beleidigt fühlt und
klagen will. Das Verbrechen soll begangen sein in zwei
Artikeln des Blattes. Der eine davon steht in Nr. 277 des
Vorjahres vom 26. November und trägt die Überschrift:
Der Baron gegen die Schule“ und der andere ist ver-
öffentlicht in Nr. 304 vom 31. Dezember unter dem Titel;
„Eine freiherrliche Residenz.“

K. Güstrow. Entgleist. Von dem Hamburg-Stettiner Schnellzug entgleisten Sonntag morgen zwischen Bülow und Güstrow die Lokomotive und zwei Waggons, darunter der Speisewagen. — Das schlechte Funktionieren einer Weiche, welches durch das Schneefreiben verursacht war, soll Schuld sein. Beamte und Passagiere kamen mit dem Schred davon. Das Gleise ist auf einer hundert Meter langen Strecke arg demoliert. Der Verkehr wird vorläufig durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Stadthallen-Theater

„Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Halévy.
Eine unglaubliche Schauergeschichte ist es, die der vielgewandte Librettist Scribe zum Text der „Jüdin“ verwandt hat. Hass, Liebe, religiöser Fanatismus, Habgier undzugleich sogar eine Doppelhängerei kann der Zuschauer mit erleben. Zu diesem Hintertreppenroman hat nun Halévy eine Musik geschrieben, die, obwohl zum Teil bereits etwas veraltet, doch stellenweise fesselnd und interessant ist. Für die Sänger bietet die „Jüdin“ verschiedene dankbare Partien. Am verschwenderischsten hat der Komponist den Eleazar bedacht; Habgier und Vaterliebe, religiöser Fanatismus und Nachsucht werden hier auch musikalisch vorzüglich zum Ausdruck gebracht. Herr Jäger hatte mit Fleiß und Verständnis diese Partie durchgearbeitet und brachte sie in wirksamer Weise zur Aufführung. Stirnreicher Beifall an den Abschlüssen und namentlich nach dem vorzüglichen Vortrag der Arie „O Recha, als Gott dich einst zur Tochter mir gegeben“ lohnte den Künstler. Als Recha bot Frau Korth ebenfalls eine großzügige Leistung. Dem Kardinal Brogni lieh Herr v. Bottkowsky seine schöner, für diese Aufgabe allerdings nicht immer ausreichenden Stimmmittel. Spiel und Maske waren gut. Als Eudora konnte Hrl. Strauß durchweg befriedigen; eine leichtere Wiedergabe der Koloraturen wäre allerdings noch zu wünschen. Dem jämmerlichen Prinzen Leopold konnte auch Herr Fischle, der übrigens anscheinend nicht besonders bei Stimme war, nicht zu großem Interesse verhelfen. Gerügt zu werden verdient die Art, mit der er beim jüdischen Fest im zweiten Akt das Brot, das er von allen — mit Ausnahme von Recha — unbemerkt unter den Tisch fallen lassen soll, in die Stube warf. Das hätte ja ein Blinder bemerken müssen. Die Chöre gingen recht annehmbar. Die Regie, die im übrigen ganz nette Bühnenbilder geschaffen hatte, würde gut tun, den Festzug des ersten Aktes etwas fröhlicher zu gestalten; so nahm er sich aus wie ein verunglückter kleinstädtischer Karnevalszug. Das Orchester leistete unter der Leitung des Herrn Kapellmeister Weiss vortreffliches. Am Schlusse der Vorstellung wurden die Darsteller mit ihrem Dirigenten von dem zahlreichen Publikum lebhaft applaudiert. — Gestern ist der Beweis geliefert worden, daß unsere Künstlerschule auch für die sogen. große Oper ausreicht. Wenn die Direction dies beachtet und darin einen Fingerzeig steht, so könnte sowohl sie als auch die Theaterfreunde davon profitieren.

Beagle 狗品种简介

Berlin. Als mutmaßlicher Mörder der in Meckendorf ermordeten Frau des Eiswerksbesitzers Jordy ist deren eigener 32-jähriger Sohn Max Jordy verhaftet worden. Bei ihm wurden in ein blutiges Taschenbuch gewidelt 900 Ml. gefunden, die ungefähr der gestohlenen Summe von 1000 Ml. entsprechen. Max Jordy ist verheiratet, lebt aber von seiner Frau getrennt.

Paris. Das in der Nähe von Reims gelegene französische Greisenheim ist niedergebrannt. Bis Sonntag mittag wurden elf Leichen aus den Trümmern hervorgezogen; drei Frauen starben infolge Schreckens. Man vermutet, daß die Zahl der Opfer noch bedeutend größer ist.

Rom. Der Brauer Rui in Sassari wurde als er sich mit seiner Braut auf dem Wege zur Trauung befand, vor der Kirche von einer Frau erdolcht. Die Mutterin ließ sich ruhig verhaften und rief der Menge zu, Rui habe sein Los verdient, da er sie und sein Kind verlassen habe. Auf den Wunsch der Braut wurde mit dem Sterbenden die Trauung vollzogen. Rui starb bald darauf.

Brieffaile

Ein besorgter Familienvater. Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, besteht hier keine Kasse, die auswärts Wohnende aufnimmt. Jedoch soll sich die freiwillige Krankenkasse in Fackenburg (Bureau im Hause des Herrn F. Evers, Marienthal) auf den Freistaat Lübeck und das Fürstentum Lübeck erstrecken. Sie würden also hier vielleicht Aufnahme finden können, jedoch nur für Ihre eigene Person, nicht für Ihre Familie.

An das Kaufende Publikum von Lübeck und Umgegend.

Der Ausverkauf der Waren aus der C. Jacobsohn'schen Konkursmasse, bestehend in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben, Stoffen zu Anzügen, Paletots und Beinkleidern, Wäsche, Kravatten, Hüte, Mützen, Trifotagen, Arbeitergarderoben und anderen Waren findet zu außergewöhnlich billigen Preisen von heute ab Holstenstraße 16, im Hause des Herrn Schlachtermeister Mühl, statt.

Verkaufszeit:
Morgens von 9—1 Uhr,
nachm. von 3—7 Uhr.

Pagerbesichtigung ohne
Kaufzwang gerne ge-
stattet.

Heute abend 8 Uhr entschließt sonst nach langem
schwerem Leiden seiner innigstgeliebten Sohn und
Bruder **Friedrich** im zarten Alter von 1½
Jahr Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von
allen, die ihm nahe standen.

Hermann Giese und Familie.
Rathenau, den 2. Februar 1906

Ein leistungsfähiger
Drahtspinner

erhält Arbeit bei
Hermann Bruse, Mengstraße 68, II.

Gesucht sofort
ein Hausknecht.

W. Jürs, Gärtnergasse 5.

Ein starker Kinderwagen
passend zum Handeln, billig zu verkaufen
Ludwigstraße 58.

Verloren 1 P. lg. Herrenstrümpfe
von Kost 18 bis zur Post. Abzugeben
Kost 18, port.

Adolf Hübner, Uhrn. u. Gold.
u. Reparaturwerkstatt. Güntzhausen 13.

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will,
besuche

Paul Rehder's Möbelgeschäft

13. Hundestraße 13.

Gebt auf sämtliche Möbel 2 Jahre schrift-
liche Garantie.

Max Regel's

**Sozialdemokratisches
Liederbuch.**

Neueste Auflage.
Preis 40 Pf. — Preis 40 Pf.

Pfaffenspiegel

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Erinnerungsspiegel für den gesamten Jubiläum der Freimaurer "Der Jubiläum "Hübner und Regelgesellschaft" sowie der mit P. L. geschlossenen Freiheit und Rechten:
Sternschildes Stelline - Erinnerungsspiegel für die Stadt "Güntzhausen und Radebeul" sowie die mit P. L. geschlossenen Freiheit und Rechten: Paul Röhlige

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Eröffnung neuer Kurse

in
Deutscher Sprache am Dienstag, den 6. Februar,
Redeübung am Mittwoch, den 7. Februar.

Die Kurse beginnen im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52, präzise 8½ Uhr
und endigen 10 Uhr abends.

Die Teilnahme an denselben steht den Mitgliedern ohne weitere Nachzahlung frei.
Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., monatlicher Beitrag 30 Pf.

Außerdem hat jedes neueintretende Mitglied, das an dem Deutsch-Kursus teilnehmen will, eine Unterrichtskarte von 1,00 Mk zu lösen.

Aufnahmen erfolgen an den Unterrichtsabenden von 8 Uhr ab.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sitzung der Fabrik-, Land-, Hölz-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Bahlkelle Lübeck)

**Central-Verband
der Schuhmacher Deutschlands.**
(Bahlkelle Lübeck.)

**Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag den 6. Februar**
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

**Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag den 6. Februar**
abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Theaterabend.
3. Regelung des Referatsfonds.
4. Fragestellen und Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Stelling: Das
dritte Geschlecht.
Um vollzähliges Erdenen ersucht
Die Ortsverwaltung.

**General-Versammlung
der
Freiwilligen Frauen-Sterbefäste**
am Mittwoch den 7. Februar
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

**Central-Verband der Fleischer
und Verköppen-Offizien Deutschlands.**
(Bahlkelle Lübeck)

**Einladung zum
BALL**

**am Sonntag den 11. Februar
im "Vereinshaus"**

Johannisstraße 50—52.

Herrnkarte 50 Pf., eine Dame frei.
Damenkarte 20 Pf., wofür Garderobe.

Aufang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Hierzu lädt freundlichst ein
Das Komitee.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr
Königstraße 62, b. d. Bürgerstr.



Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde.

Dienstag den 6. Februar
im Kolosseum:

Stiftungsfest

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Gesangliche u. declamatorische Vor-
träge unter gütiger Mitwirkung von
K. Konzertängerin Collin; El.
M. Tietz; Herrn Kapellmeister Jessel;
Herrn Löden, Herrn Matthes und 6
Mitglieder des hiesig. Männerturn-
vereins.

→ **BALL.** ←
Karten zu 40 bzw. 80 Pf. bei Grün-
nau, Breitestraße 24; Soroe, Große
Burgstr. 46; Weiland, Königstr. und
bei den Voten.

Variété

Universum

Großes Februar-Programm.
Wer lachen will, versäume nicht
zu kommen.

L. Puls.

Stadthallen-Theater.
Dienstag den 6. Februar. 7½ Uhr.
89 Abonn. Vorst. 19. Dienst. Abonn.
Gastspiel Lilly Lierking
vom Stadttheater in Nürnberg.

Carmen.

Oper in 4 Akten von Bizet.
Mittwoch: Vollständige Vorstellung.
Feder Platz 50 Pf.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten von Birch-Pfeiffer.

Beilage zum Zübeder Volksbote.

Nr. 30

Dienstag, den 6. Februar 1906

13. Jahrgang

Aufruf

an alle im Handelsgewerbe beschäftigten Hofsdiener, Marktbeschaffungen, Ausläufer, Packer, Lagerarbeiter usw.

Möllingen! Durch die selteas des Beirates für Arbeiterschaft veranstalteten Versammlungen über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe ist unbestreitbar nachgewiesen, daß die gezeitige Regelung unserer Arbeitsverhältnisse, insbesondere soweit die Dauer der Arbeitszeit in Betracht kommt, dringend notwendig ist. Nach den amtlichen und den Erinnerungen der Gewerkschaft ist festgestellt, daß in vielen Handelsbetrieben für die Kollegen noch eine 14 bis 16stündige Arbeitszeit allgemein üblich ist. Deutlicher ist von einer Sonntagsarbeit zuerst nicht die Rede. Der größte Teil der Kollegen muß noch an Sonn- und Feiertagen zur Arbeit erscheinen, und in der Saison ist, die den größten Teil des Raums über umfaßt, findet die Tätigkeit am Sonntag kein Ende. Eine Bezahlung der Überarbeit kennt man aber im Handelsgewerbe nicht. Die Entlohnung der Kollegen ist vielmehr eine so miserable, daß sie den Lohn auf die Arbeitsschicht berechnet, für eine solche 15-20 Pf. bezahlt erhalten. Das sind Zustände, wie sie wohl in keinen anderen Berufe existieren, ihnen ist in Verbindung mit der bei Ausübung ihrer Berufstätigkeit nutzlosen Raumauswendung bei einer schweren Arbeit, die unverhältnismäßig hohe Belastung der Handelsarbeiter resp. deren günstige Disposition für tuberkulöse und nervöse Erkrankungen zu danken. Die hohe Unzufriedenheit im Berufe ist auf die gleichen Verhältnisse zurückzuführen. Infolge der vereinigten Befürde können sich die Handelsarbeiter einem geregelten Familienleben nicht widmen und ebenso wenig die Erziehung ihrer Kinder überwachen.

Alles das verlangt gebieterisch Abhilfe auf gesetzlichem Wege, umso mehr als durch eine reelle Vereinbarung der Unternehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Erfahrung lehrt, durchaus nichts zu erhoffen ist.

Alle diese Umstände zwingen uns, den geschickenden Körpermästen in aller Offenlichkeit einstündig und überzeugend darzutun, daß eine Beschränkung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe an Wochen- und Sonntagen eine dringendste Notwendigkeit ist. Bei diesem Antritt berufen die Unterzeichneten zu Ostern, 16. und 17. April 1906, einen allgemeinen Kongress aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter nach Berlin in das Gewerkschaftsgebäude mit folgender Tagesordnung ein:

1. Die Arbeitsverhältnisse der Handelshilfsarbeiter und deren Forderungen.
2. Entsprechen die gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsarbeiten den berechtigten Wünschen der Handelshilfsarbeiter?
3. Der Achthour-Laden- und Geschäftsschluss.
4. Der Gedächtnis-Postenschluss.
5. Die Unfallversicherung der Handelshilfsarbeiter.

Wir fordern nunmehr die Handelshilfsarbeiter allerorts auf, zu diesem Kongress Stellung zu nehmen und sich an demselben durch Delegierte vertreten zu lassen.

Zur Teilnahme am Kongress sind berechtigt diejenigen Vertreter, welche sich durch ein von ihrer Vereinigung oder in öffentlicher Handelshilfsarbeiter-Versammlung ausgesetztes Mandat legitimieren. Mandatssymbole sind von den Unterzeichneten zu beziehen.

Die gewählten Delegierten werden erachtet, sich bis spätestens 25. März 1906 bei den Unterzeichneten unter genauer Anschrift angeben zu lassen, um die rechtzeitige Ausstellung der Präzessliste zu ermöglichen.

Die Einberufer.

Dawald Schumann. Friedrich Himpel.
Engel Ufer 21 1 Tr.

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzung von Natalie Lieblich.

4 Fortsetzung.

„Wir haben eine neue Regierung, vielleicht beginnt mit ihr auch eine neue Ära.“

„Ich glaube es,“ sagte der junge Fremde.

„Ich hoffe es,“ sagte der Ältere.

„Ja, die Gesellschaft mag in ihrer Kindheit sein,“ sagte Egmont mit einem Anflug von Lächeln, aber Sie wögen sagen, was Sie wollen, unsere Königin regiert über die größte Nation, die es jemals gegeben hat.“

„Welche Nation?“ fragte der jüngere Fremde, „denn sie regiert über zwei Nationen.“

Der Fremde hielt ein, Egmont schwieg und sah ihn fragend an.

„Ja,“ fuhr der Jüngere nach einer Augenblicks Pause fort, „zwei Nationen, zwischen welchen keine Verbindung, keine Sympathie besteht, die mit den gegenseitigen Gewohnheiten, Gedanken und Gefühlen everso unbekannt sind, als wenn sie Bewohner verschiedener Planeten wären, oder Bewohner verschiedener Planeten, — verschieden erzogen, verschieden gehärtet und gelenkt von verschiedenen Sitten, regiert nach verschiedenen Gesetzen.“

„Sie sprechen von . . . ?“ sagte Egmont herausfordernd.

„Den Reichen und den Armen.“

„In diesem Augenblick überging ein Strom rosigem Lichts die grauen Blätter und zeigte an, daß die Sonne im Süden war; durch eine Dehnung des Gewölbes ob ihren Blättern glänzte der Abendstern einsam an dem strahlenden Himmel. Die Stunde, die Umgebung, die feierliche Stille und die sanfte Schönheit des ganzen Schauspiels drängte die Unterhaltung zurück, bewirkte Schweigen.“

Die letzten Worte des Fremden klangen Egmont noch in den Ohren, mancherlei Gedanken tummelten sich

Au die Gewerbegerichtsbezirker Deutschlands.

Nach einem Beschuß der im September vor Jahresfotgefundenen Konferenz in Würzburg, welche dem Verbundstage deutscher Gewerbegerichte vorausging, ist der Sitz des Centralausschusses der Gewerbegerichtsbezirker (Arbeitsrechts) nach Dresden verlegt worden. In einer gemeinsamen Versammlung der Gewerbegerichtsbezirker von Dresden sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt wurde noch ausführlicher Bericht erstattet von der Konferenz sowie dem Verbundstage, zur Wahl des Centralausschusses Stellung genommen und beschlossen, dasselben aus sieben Bezirken zusammenzusetzen und zwar fünf vom Dresdener Gewerbegericht und je einen aus den beiden Amtshauptmannschaften. Der Centralausschuss hat sich nunmehr konstituiert und den Urterschneiden zu Vorsitzenden des Ausschusses ernannt.

Was eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerbegerichtsbezirken anzubauen und zu unterhalten, sondern wie deren Obmänner oder Bevollmächtigte auf ihre Adresse an den Unterzeichnerten einzutreten. Wo die Bevollmächtigten an den Gewerbegerichte solche Bevollmächtigten oder auch, je nach der Größe des Gewerbegerichts, Kommissionen nicht ernannt haben, richten wie an die jeweiligen Vorständen des Gewerbegerichts, daß die Bevollmächtigten für deren Wahl und Eledigung dieser Aussichtserbringung volligst Sorge zu tragen.

Alle Partei-, Gewerkschafts- und arbeitsfreundlichen Parteien werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Der Centralausschuss. S. A. Rich. Holz.

Dresden-Alstadt, Am See 33 IV.

Zeitung für Politik.

Aus dem in- und ausländischen Gewerbeleben. Im Berliner Getreidegewerbe droht ein neuer Kampf. — In der Niederländischen Fahrabfahrt von Broekmon u. Bergenzant in Friesland sind sämtliche Metallarbeiter ausgesetzt worden. — In den Brennabor-Fahrabfahrtwerken zu Brandenburg a. H. ist es zur Arbeitszeitverlängerung gekommen, weil die neu eingestellten Lohnauflösungen wieder rückgängig gemacht wurden. Zunächst haben folgende Abteilungen die Arbeit eingestellt: Bremseleiter, Motorabteilung, Emailierrei, Härterei, Elektrotechnische Abteilung und Reparaturabteilung. — Auf den sächsischen Staatsbahnen sind 7 Rangierbeamte respektive Rangierer, die zum größten Teil schon seit über einem Jahrzehnt der Staatsbahnen ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben, ohne Lohnabgabe von Eisenbahn entlassen worden. Denunzianten und Spieker, jene verabscheuenswürdige Menschenarten, scheint hierbei die Hand im Spiel gehabt zu haben. — Der Streik der Schuhmacher in der Böhmerboiseren Schuhfabrik zu München ist nach 4 wöchigen Kampfes zu Gunsten der Arbeiter beendet. — Die Hetzer des Österreichischen Lloyd haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

Erlaubnisurlaub für städtische Angestellte. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Bremen wurde beschlossen, den 500 städtischen Arbeitern, Straßenbahnen und Bahnhofsbetriebsleuten einen Sommerurlaub zu gewähren. Von 21 Lebensjahren ab haben sie ohne Lohnabzug nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage, nach fünfjähriger fünf Tage und nach zehnjähriger sieben Tage frei.

Der Sozialdemokrat beim Großherzog. Aus Darmstadt berichtet die „F. L. Welt“: Eine Hofnachricht der „Darmst. Zeit.“, in der mitgeteilt wurde, daß unter anderen Herren auch das Mitglied des Reichstags, Cramer, beim Großherzog zur Audienz gewesen sei, hat Anlaß zu

in seinem Sitz, als von der Kutsche her der Liedgesang des Jungfrau, des „Vor Maria“, erklang. Nur eine einzige Stimme, aber töne von beinahe übernatürlichen Wohlklang; schwungend und feierlich, biegam und durchdringend.

Egmont erwachte plötzlich aus seiner Träumerei. Er wollte sprechen, aber er sah daß der Ältere der Freunde sich von seinem Stabeplock erhoben hatte und mit gesenkten Augen und gekreuzten Armen niedergekniet war. Der Andere verharrte stehend in seiner früheren Stellung.

Der fromme Gesang hörte auf, der ältere Fremde erhob sich, auf Egmont's Lippen schwieben schon die Worte, die um eine Erklärung dieses süßen und heiligen Geheimnisses bitten sollten, da erblachte er in dem offenen, sternenaugentaten Bogen, auf den sein Blick gerichtet war, eine weibliche Gestalt. Sie trug das Gewand einer Ordensschwestern, konnte wohl aber noch keine Nonne sein, denn ihr Schleier, wenn es in der Tat ein Schleier war, war auf ihre Schultern gefallen und enthüllte starke Flechten von langem, blondem Haar. Die Mole einer kleinen Erregung lag noch auf dem Antlitz, welches, obgleich noch sehr jung, doch einen Ausdruck von beinahe ehrwürdiger Majestät hatte, während die dunklen Augen und langen schwarzen Augenwimpern, von der schneiden Halsfarbe und dem üppigen, blonden Lockenhaar sich abhebend, eine Schönheit hervorzauberten, so selten und so eigenartig, daß mir Egmont verzeihen würde, wenn er sie im ersten Augenblick für einen Seraph gehalten hätte oder für eine Heilige, welche die Überreste dieses entweihten Tempels besuchte.

Fünftes Kapitel.

„Ich sehe also,“ sagte Lord Marney zu seinem Bruder, als sie am Abend jenes Tages in dem Wohnzimmer zusammen saßen, „ich sehe also, daß Du tatsächlich noch gar nichts bezahlt hast, und daß meine Mutter Dir tausend Pfund geben will. — Das wird nicht weit reichen.“

„Es wird kaum für die Ankündigung der Kandidatur

einer Reihe polemischer Bemerkungen gegen Genossen Cramer in der Parteizeitung gegeben. Die Sache ist harmlos, als diese Parteiälter glauben. Es dreht sich dabei durchaus um keine politische Aktion, sondern um eine mehr kommunale Sache, die sich mit den vorliegenden Ideen des Künstlers Obrist und des Großherzogs deckt. Ein paradiesisches Leben.

Erde, das Cramer von Eltern her im Besitz hat, soll, wie uns Genossen Cramer schreibt, der Lage und Landschaft entsprechend, in Form einer Gartensiedlung in den Bebauungsplan eingereicht werden. Das Einfamilienhaus mit kleinem Garten soll hier idyllisch zum Ausdruck gebracht werden. Ein lang ersehnter Wunsch, der zum Teil armen Besitzer, in ihren Gärten bauen und wohnen zu dürfen, soll durch die Initiative des Künstlers Obrist verwirklicht werden. In unserer Residenz ist in solchen Angelegenheiten der Großherzog fast maßgebend. Der erste Schritt zu ihm schien deshalb den Besitzern den besten Erfolg zu versprechen. Eine engere Deputation aus der Vereinigung, deren Vorsitzender ich bin, wurde gewählt, darunter auch ich. Was nun tun? Sollte ich ablehnen? Das schien mir den Mitgliedern gegenüber falsig, zumal ich bisher mit ganzer Seele an dieser Sache gearbeitet habe. Ich erinnerte mich auch, daß wir während meiner Landtagstätigkeit uns mehrmals mit dem Großherzog in der ungezwungenen Weise unterhalten hatten und daß der „Vorwärts“ selbst einmal in einer Notiz von „dem vorurteilsfreien Großherzog“ geschrieben hatte. Es konnte also nach meiner Auffassung kein Verbrechen sein, wenn ein vorurteilsfreier Bürger in einer solchen Angelegenheit den vorurteilsfreien Großherzog im Abstimmung ausspielt. Die Begegnung mit dem Großherzog verließ dann auch in der soulosen Weise und führte zu der erfolgreichen Vereinigung einer gemeinsamen Idee. — Unter Offenbach er Parteiblatt ist aber nicht ganz mit Cramer einverstanden.

Es schreibt vielmehr: „Dem der Politik fremden, in der Welt künstlerischen Formen lebenden und vom Großherzog wiederholt in seinen Befreiungen geforderten Obrist wird niemand gram sein, wenn er zu Ernst Ludwig geht. Und auch Cramer nicht, wenn er etwa mit dem vorurteilsreichen Herrn plaudert oder eine Partie Schach spielt will, nur wird er gut tun, die Verzeichnung solcher weibbewegenden Begebenheit im Hofbericht sich zu verbitten. Aber in der vorliegenden Geschichte hat nicht Cramer, sondern es hat die sozialdemokratische Partei sich etwas zu verbitten. Denx — die Motive Cramers in allen Ehren — es handelt sich doch darum, daß der Monarch angerufen wird zu einer Einflussnahme auf die kommunale Selbstverwaltung. Das ist unter allen Umständen zu tabuieren, doppelt zu tabuieren, aber in einer Stadt, die das fast unbeschränkte allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Gemeindevertretung hat! Ist es wirklich so, daß die Freiheit Cramers, was wir gern glauben wollen, auch dem Allgemeininteresse entsprechen, dann war der Versuch, den Bürgern dafür zu gewinnen, vom Standpunkt der Sozialdemokratie das allerungemeinsten Mittel. Vielmehr mußte die Freiheit der Einwohner, mußte das wirkliche Volk mobil gemacht werden; die Interessenfamilie städtischer Grundbesitzer, die auf Eigentümern der Grundstücke und Hochhaltung der Wohnungsmieten gerichtet sind, mußte öffentlich angeklagt und es mußte auf diese Weise die Stimmung geschaffen werden, die ein ehrliches Selbständiges Komproposit eines Bürgers der Sozialdemokratie bei den nächsten Darmstädter Stadtverordnetenwahlen erfolgreich macht. Statt dessen geht Cramer zu Hofe — er schädigt damit die Aktionskraft der lokalen Partei und gibt den Gegnern der Demokratie Gelegenheit zum Spott.“

Auch ein Afrikaprozeß. Das Bezirkskommando in Elberfeld hatte im Herbst v. J. an die Sanitätsmannschaften des Beurlaubtenstandes eine Schriftstück gesandt, durch

ausztreichen, sagte Egmont, „die Wiederherstellung unseres Familieneinflusses wurde in so großem Maßstabe gefeiert.“

„Der Familieneinfluß muß unterstützt werden“, sagte Lord Marney, „und meine Mutter will tausend Pfund geben; — wie ich sagte, es wird Dir zwar nicht viel nützen, aber Ihr tapferes Eintrichten gefällt mir. Wahlkämpfe sind sehr kostspielige Dinge, indem ich stimme Allem, was Du getan, ganz bei, besonders da Du gesiegt hast. Es ist von großer Bedeutung, daß Du in Deinem ersten Wahlkampf gesiegt hast; es zeigt von großer, geschickter Berechnung, die ich anerkenne. Alles auf dieser Welt ist Berechnung; so etwas wie Glück gibt es nicht — glaube mir — und wenn Du so fortwährend und stets mit gleicher Genauigkeit alles berechnest, wirst Du im Leben vorwärts kommen, nun ist die Frage, was mit Deinen Wahlkosten geschehen soll.“

„Allerdings.“

„Du möchtest wissen, was ich für Dich tun will oder vielmehr tun kann. Das ist der Punkt. Ich würde natürlich von Herzen gern alles für Dich tun, wenn ich aber meine Mittel berechne, so finde ich, daß sie mit meinen Wünschen nicht gleichen Schritt halten.“

„Ich bin gewiß, Georg, Du wirst alles tun, was Du kannst, und mehr noch —“

„Ich bin ganz entzückt von den tausend Pfund meiner Mutter, Charles —“

„Sehr großzügig von ihr. Aber so ist sie immer.“ Ihre Rente wurde ihr stets sehr regelmäßig bezahlt, fuhr Lord Marney fort, „jetzt nur immer pünktlich in Deinen Zahlungen; wie viel Vorteile daraus erwachsen, ist gar nicht zu sagen. Wenn ich nicht so pünktlich meiner Mutter ihre Rente bezahlt hätte, würde sie höchst wahrscheinlich nicht im Stande gewesen sein, Dir die tausend Pfund zu geben und deshalb bist Du eigentlich mir für dieselben verpflichtet.“

Egmont wurde etwas ungebärdig, sagte aber nichts.

„Ich muß meiner Mutter die Rente bezahlen, ob die

hat der Empfänger im militärischen Kommando aufgefordert wurde, dem Hauptmeldeamt sofort zu melden, ob sie zum Eintritt in die Schutzzuppe für Deutsch-Ostafrika oder Kamerun bereit seien. Dieser kategorische Imperativ eines Bezirkskommandos wurde in der "Freien Presse" abgedruckt und entsprechend gewürdigt. Da aber noch Ansicht gewisser Dritte die militärischen Institutionen heilig und unangreifbar sind, so wurde die den fraglichen Artikel enthaltende Nummer der "Freien Presse" konfisziert und die Anklage wegen Beleidigung des Bezirkskommandos in Elberfeld erfohl. Dasselbe geschah mit der "Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen, welche den Artikel übernommen und ihm noch eine Bemerkung hinzugefügt hatte. Am Donnerstag hatten sich nun die Genossen Hoffmann-Eberfeld und Tiefel Solingen als die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter vor der Strafammer in Elberfeld zu "verantworten". Die Verhandlung machte den Eindruck, daß der Strafantrag gernlich vom Bezirkskommando, sondern von anderen Stelle, wahrscheinlich von der Staatsanwaltschaft, angezeigt wurde. Der als Zeuge gelobte Hauptmann vom Bezirkskommando erklärte auf die diesbezügliche Frage nach einem Bürgern ja allerdings, daß er sich durch den Artikel beleidigt fühle, aber die Form der oben bezeichneten Ausforderung des Bezirkskommandos rechtfertige er nicht; sie sei von einem Untergebenen verfaßt worden und er habe sie nicht gesehen. Aber dennoch erfolgte Verurteilung: Hoffmann erhielt eine Geldstrafe von 150 M., und Tiefel eine solche von 200 M. Dieser soll deshalb 50 M. mehr zahlen, weil er dem Artikel noch eine Bemerkung hinzugefügt und zweimal vorbestraft ist, während Hoffmann nur einmal dieses preußische Vergnügen gehabt hat.

Polizeiliches aus Ostfalen. Mit dem eigenartigen Bescheide, weil der Vorsitzende des Bauhülfarbeiterverbandes (Gehstelle Gumbinnen) ein Ausländer sei, wurde die zum 28. Januar einberufene öffentliche Bauhülfarbeiterversammlung von der Polizeibehörde in Gumbinnen verboten. Im Versammlungskloster hatten sich zahlreiche Besucher eingefunden, und ehe noch die Versammlung eröffnet war, ersuchte der Polizeibehörde die Unwesen, den Saal zu verlassen. Es wurde dagegen protestiert, doch der Polizeibehörde stellte sich auf den Bescheid, und so mußte das Volk geräumt werden. Nur der Vächter des Volks durfte nach erteilter Erlaubnis im Saale verbleiben. Das ist wieder eine echt ostfälische Polizeiattit. Es ist ja für uns Untertanen gewiß nicht leicht, uns im preußischen "Ver eins- und Versammlungsrecht" zurechtzufinden, aber sobald wissen wir doch, daß sich in dem Gesetz nicht ein Wort davon befindet, daß eine Versammlung aus dem obigen Grunde verboten werden kann. Noch viel weniger steht in dem Gesetz, daß Personen aus einem Volk gewiesen werden können von Leuten, die gar nicht das Haustrecht bejagen, denn von einer Versammlungsauslösung konnte keine Rede sein, da noch keine Versammlung eröffnet war. Wir meinen, das sollten auch die unteren Polizeiorgane wissen. So viel Gesetzeskenntnis müssen sie nun einmal haben, wenn sie ihr Amt versehen und die Bürger nicht der gesetzsmäßigen Rechte berauben wollen. Und selbst wenn man den Artikel 29 der preußischen Verfassung betrachtet, bei dem Preußen das Recht gibt, sich zu versammeln, so hätte im aller schlimmsten Falle auf die Entfernung des Ausländers gedrungen werden können. Es ist selbstverständlich, daß wir natürlich eine derartige Auslegung nicht gestatten lassen, aber zur Entschuldigung der Polizeiattit könnte man es vorbringen. Über das schönste an der Geschichte ist, daß es sich gar nicht um einen Ausländer handelt. Der Mann ist deutscher Reichsanträger, was auch seine Geburtenkunde beweist, die sich in Gumbinnen auf dem Bureau befindet. Und seit Jahren arbeitet der Genosse in Deutschland und zahlt auch Steuern. Man sieht — der Fiskus nimmt ihm die Steuergroßen ab — auf der anderen Seite macht ihn die Polizei zu einem rechlosen Menschen und schlägt auf diese Weise noch zahlreiche andere — die selbst in den Augen der Polizei Preußen sind. — Es wird selbstverständlich Schwere geführt werden.

Verboten! Im Großherzogtum Sachsen-Weimar hagelte es vor und nach dem 21. Januar einfach Verbote. Überall da, wo sich nur ein Genosse sehen ließ, um eine Versammlung anzumelden, gelte ihm das Wort "Verboten" in die Ohren. Einen bejaden großen Tag aber hat der Bezirkstrettor des Eisenacher Bezirks am 21. Januar gehabt. Aber Sotheeren hat er nicht geerntet! Wie übel, hat er sich dabei selbst blamiert und unsere Bewe-

Kornschöber verbrannt werden oder nicht," sagte Lord Marney. "Das ist sehr hart, meinst Du nicht auch?"

"Über das waren ja Bingley's Kornschöber."

"Allein er war nicht versichert und wird deshalb eine Entschädigung seines Brüderchens verlangen; wenn ich mich nicht verzweigt sehe, sie ihm zu gewähren, was auch wahrscheinlich der Fall sein wird — dann er hätte diese Dinge vorhersehen sollen —, so habe ich selbst Kornschöber und sie können jede Nacht verbrannt werden."

"Aber Du bist doch natürlich versichert?"

"Nein, ich bin's nicht, ich berechne, daß es vorteilhafter ist, ich lasse es darauf ankommen."

"Ich wundere mich nur, warum jetzt Kornschöber angestündet werden, und warum es in früheren Zeiten nicht geschah."

"Weil wir jetzt Überbevölkerung haben und keine genügende Polizei."

"Du sprachst von der Wahl, Georg", lenkte Egremont ein, nicht ohne ein gewiss' Widerstreben; da das Eis einmal gebrochen war, wollte er den Gegenstand auch zur Entsiedlung bringen. Lord Marney hielt vor der Wahl an seine Blätter, die ihn wegen dieses Schrittes um Rat fragte, einen Brief geschrieben, der sie entzückte, von dem Egremont aber jetzt gewünscht hatte, daß er etwas bestimmt gewesen wäre. Aber in der Aufregung, die eine erste Wahl zu begleiten pflegt, unterdrückte er seine Zweifel und überredete sich selbst, daß er nicht allein mit der Billigung, sondern auch im Auftrage seines Bruders kandidiere.

"Du sprachst von der Wahl, Georg."

"Ja vor der Wahl, Charles. Kurz und gut, ich wünsche, daß es Dir gut geht. Ja Geldverlegerheiten seien ist eins

gung gefördert. Übereite Furcht vor der Sozialdemokratie gab ihm Veranlassung, in Kreuzburg die Versammlungen für breite Tage (a la Hamburg! Ned.) zu verhindern. Einige Dokumente der Volksversammlung, aufgefertigt von "Bürgermeister" sind es wert, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. zunächst schreibt der Bürgermeister von Elberfeld:

Elberfeld, den 21. Januar 1906.
Der heutige Volksverein erhält hierdurch Octopolistische Erlaubnis für den heutigen Abend von 1/28 Uhr bis 10 Uhr eine Volksversammlung im Saale des Gastwirtes Hölle abhalten zu dürfen.

Das ist nicht über die Freiheitskämpfe in Münster gesprochen werden darf, doch wie der Vorstand erklärt Reginburg verantwortlich gemacht, wenn dies verringt geschieht, ist die Versammlung sofort zu verbieten.

Der Gemeindevorstand

Mittelstädtlich. Versammlungen von 1/28 bis 10 Uhr. Wenn nicht, soll man über diese Erweiterung entscheiden oder soll man über Männer, die solche ungerechte Maßnahmen verordnen, mitschuldig den Kopf schließen. Noch größere "Gesetzeshilfe" hat der Bürgermeister Mittelstädt aus Sicht verhindert. Ihnen wie zunächst den Weitheit an den Namensvettern der Versammlung mit allen seinen Eigenheiten.

Mittelstädt, den 21. Januar 1906.

Herrn Reinhold Ley.

Nach einer vorliegenden Besitzung von Großherzogl. Behörde steht Ihnen hierdurch mit, daß die angemeldete Versammlung hiermit verboten.

Der Gemeindevorstand

Fischer.

Aber das genügte dem überseeligen Bürgermeister nicht. An die Wirklichkeit er folgendes Schreiben gelangen:

Mittelstädt, den 21. Januar 1906.

Herrn Goswirt . . .

hier.

Bezugnehmend auf eine vorliegende Besitzung von Großherzogl. Behörde, daß Sie Ihr Volk der sozialdemokratischen Versammlung wo die Verschreibung der revolutionären Revolution auf der Tagesschau steht oder sonst aufschreiende Reden gehalten werden sollen, widrigensfalls für Ihr Volk die Polizeistunde auf 8 Uhr nach Besindien auch noch auf eine frühere Stunde festgesetzt wird falls Sie nicht dafür sorgen daß solche aufreizende Versammlungen aufhören.

Der Gemeindevorstand

Fischer.

Sollte man nicht gegen eine solche Maßhandlung der deutschen Sprache protestieren? Über aller guten Dinge sind drei. So dachte auch Herr Fischer! An verschiedenen Stellen des Dorfes war folgendes Document zu lesen:

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß alle öffentlichen Versammlungen und Zusammenrottungen verboten sind. Was durch solche Versammlungen beschädigt wird muss die Gemeinde aufzutun, es wird deshalb an Alle verständige Nachbarn die Blüte gerichtet soviel wie möglich mit Wahn zu wünschen daß solche Versammlungen nicht stattfinden.

Mittelstädt den 21. Januar 1906.

Der Gemeindevorstand

Fischer.

Sollte man nicht glauben, man lebt im Mittelalter? 100 Mark Geldstrafe erhielt Genosse Heinrich von der Leipziger Zeitung zuwidert, weil er den Gemeindevorstand von Portitz einen "vorstaatlichen" genannt hat. — Es hätte ihm auch ruhig einen modernen sächsischen neueren dichten.

Mittelstädt den 21. Januar 1906.

Aus unserem "Rechts"staate. Ein eigenartiger Vorfall ereignete sich dieser Tage bei einer Berliner Strafammer. Es wird darüber berichtet: Der Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn hatte in Gemeinschaft mit dem Rechtsanwalt Leonhard Friedmann vor jener Kammer in einer Strafsache als Verteidiger zu wirken. Als er den Gerichtssaal betrat, hatte sich der Gerichtshof in der vorhergehenden Sache zur Beratung zurückgezogen, und Rechtsanwalt Dr. Cohn benutzte die Zwischenzeit, um, wie die

bes unangenehmsten Dinge im Leben. Es verdirbt den Humor, drückt den Geist herab, fört die Muße und untergräbt die Gesundheit. Wenn Du es irgend vermelden kannst, mache keine Schulden. Und wenn Du durch irgend einen Umstand in Verlegenheit geräst, komme zu mir. In solchen Augenblicken ist nichts so wertvoll wie der Rat eines kaliblütigen Freunde.

"So wertvoll wie der Rat eines kaliblütigen Freunde", dachte Egremont, dem der Ton der Unterhaltung nicht gerade behagte.

"Aber es gibt etwas, wovor Du Dich ganz besonders hüten mußt", fuhr Lord Marney fort; "noch schlimmer als in Geldverlegenheiten sein, ist, sie verteuern zu wollen. Das Verlustsystem ist widerlich und führt zum Bankrott; man wird niemals frei. Nun, Charles, was ich für Dich tun möchte, ist, Dich in jeder Beziehung gut zu stellen. Ich wünsche Dich schuldenfrei zu leben; mehr noch als dies: in einer Lage, die Dich für immer vor Plagen dieser Art bewahrt.

"Er ist doch ein guter Kerl", dachte Egremont.

"Die tanzen Pfund meiner Mutter kann sehr zu rechter Zeit", sagte Lord Marney, "es ist ein Bissen, der die Leute so lange zufrieden stellen wird, bis wir uns abgefunden haben."

"Es bringt ja nicht", sagte Egremont, "wenn ich weiß, woran ich bin und Ihnen schreibe, dann werden sie selbstverständlich sich zusetzen geben."

"Vorstelllich", sagte Lord Marney, "nicht könnte mir erwünschter sein; denn, unter uns gesagt, meine verfügbaren Geldmittel sind im Augenblick sehr gering. Die abschließenden Ausgaben für die Unterhaltung dieses Schlosses und

ihres Tochters, die allein zu seiner Sache vom Bürgermeister zu nehmen, um sie einzusehen. Dabei bemerkte er, daß für seine eigene Verhandlung über die Versammlungen für breite Tage (a la Hamburg! Ned.) zu verhandeln. Einige Dokumente der Volksversammlung, aufgefertigt von "Bürgermeister", sind es wert, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. zunächst schreibt der Bürgermeister von Elberfeld:

Elberfeld, den 21. Januar 1906.
Der heutige Volksverein erhält hierdurch Octopolistische Erlaubnis für den heutigen Abend von 1/28 Uhr bis 10 Uhr eine Volksversammlung im Saale des Gastwirtes Hölle abhalten zu dürfen.

Das ist nicht über die Freiheitskämpfe in Münster gesprochen werden darf, doch wie der Vorstand erklärt Reginburg verantwortlich gemacht, wenn dies verringt geschieht, ist die Versammlung sofort zu verbieten.

Der Gemeindevorstand

Fischer.

Wohl so.

Der Gemeindevorstand